

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Ueber 3 Millionen sozialdemokratische Stimmen

sind am 16. Juni 1903 abgegeben worden und 81 sozialdemokratische Abgeordnete werden in den neuen Reichstag einziehen. Die vielverleumdete, vielgeschmähte Sozialdemokratie hat einen Sieg errungen, wie er schöner kaum zu denken ist; sie mußte den Ansturm sämtlicher Gegner aushalten, dennoch ist sie aus dem Kampfe als Siegerin hervorgegangen. Die Zahl ihrer Stimmen ist seit der letzten Wahl um fast eine Million gewachsen und die Zahl der Mandate hat sich um die Hälfte vermehrt. Nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den kleinen Orten und auf dem Lande ist die Zahl derjenigen Wähler größer geworden, die trotz aller Verleumdungen, mit denen man die Sozialdemokratie überschüttet hat, einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Wahlurne gelegt haben. Das ist die Quintessenz, welche die denkende, aufgeklärte Arbeiterschaft Deutschlands der Regierung und den herrschenden Parteien ausgestellt hat, vor allen Dingen ist es auch die Quintessenz für die Brotwucherpolitik der Agrarier. In dieser Beziehung ist es charakteristisch, daß keiner von den agrarischen Hauptlingen und Schreibern weder in der Hauptwahl, noch in der Stichwahl wiedergewählt worden ist. Lediglich das Zentrum, das in Verleumdungen der Sozialdemokratie und in dem Reithammeln seiner Schäflein das Menschenmögliche geleistet hat, konnte seinen früheren Besitzstand behaupten. Bei dem ultramontanen Arbeiter wird eben sein wirtschaftliches Interesse zu Gunsten seiner religiösen Ueberzeugung zurückgedrängt.

In ausländischen Zeitungen hat man die diesmalige Reichstagswahl vielfach als eine Antwort des deutschen Proletariats auf die bekannten Reden betrachtet, die der deutsche Kaiser bei dem Tode seines Freundes Krupp an die Arbeiter gerichtet hat. Dies trifft allerdings nicht ganz zu, wenn es auch eigentümlich ist, wie die Aufforderung des Kaisers, das Tischtuch zu zerschneiden, gewirkt hat. Der Kuriosität halber geben wir folgende Zusammenstellung:

Am 26. November 1902 hielt der Kaiser beim Begräbnis Krupps eine Ansprache an die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, worin es heißt:

„Männer, die die Führer der deutschen Arbeiter sein wollen, raubten Euch Euren teuren Herrn. An Euch ist es, die Ehre Eures Herrn zu schirmen und zu wahren und sein Andenken vor Verunglimpfungen zu schützen. Ich vertraue darauf, daß Ihr die rechten Wege finden werdet, der deutschen Arbeiterschaft fühlbar und klar zu machen, daß weiterhin eine Gemeinschaft oder Beziehung zu den Urhebern dieser schändlichen Tat für brave, ehrliebende deutsche Arbeiter, deren Ehrenschild besleckt worden ist, ausgeschlossen sind. Wer nicht das Tischtuch zwischen sich und diesen Leuten zerschneidet, labet moralisch gewissermaßen eine Mitschuld auf sein Haupt. Ich hege das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie sich der vollen Schwere des Augenblicks bewußt sind, als deutsche Männer eine Abnung der schweren Frage zu finden.“

Weder die Essener Arbeiter, noch die übrigen Arbeiter jenes Industriebezirks haben das Tischtuch zerschneiden, sie haben vielmehr zahlreicher als je ihre Stimme für die Vertreter der Sozialdemokratie abgegeben, was folgende Tabelle beweist:

Sozialdem. Stimmen	Essen	Düsseldorf	Köln	Bonn	Summe
1898	4400	7804	22379	19864	54447
1903 (Hptwahl)	22773	23287	39135	34130	119325 + 64878
1903 (Stichw.)	82620	29932	52529	39391	154472 + 100025

Mit anderen Worten heißt das also: Ungefähr 65 000 Wähler mehr als im Jahre 1898 haben bei der Hauptwahl und 100 000 Wähler mehr haben bei der Stichwahl für die Sozialdemokraten gestimmt. Nehmen wir noch hinzu, daß

auch in Kiel, wo Tausende von Arbeitern in den Kruppischen Etablissements beschäftigt sind, bei der diesmaligen Wahl annähernd 40 000 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben worden sind, so erscheint die Antwort der Kruppischen Arbeiter um so deutlicher.

Am 5. Dezember 1902 richtete der Kaiser an die Breslauer Arbeiter folgende Mahnung: „Nachklang habt Ihr und Eure Brüder Euch durch Agitatoren der Sozialisten in dem Wahne erhalten lassen, daß, wenn Ihr nicht dieser Partei angehörtet oder Euch zu ihr bekennet, Ihr für nichts geachtet und nicht in der Lage sein würdet, Euren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen zur Verbesserung Eurer Lage. Das ist eine grobe Lüge, ein schweres Verbrechen. Statt Euch objektiv zu vertreten, versuchten die Agitatoren, Euch aufzuheben gegen Eure Arbeitgeber, gegen die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und haben Euch zugleich auf das Rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken. Und wozu wurde diese Macht gebraucht? Nicht zur Förderung Eures Wohles, sondern um Haß zu säen zwischen den Klassen und zur Ausstreuung feiger Verleumdungen, denen nichts heilig geliebt ist und die sich schließlich an dem Hehriest vergriffen, was wir hienieden besitzen: an der deutschen Mannesehre! Mit solchen Menschen könnt und dürft Ihr als ehrliebende Männer nichts mehr zu tun haben, nicht mehr von ihnen Euch lassen! Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen, schlichten Mann aus der Werkstatt, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der stehe ein für Eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht als Sozialdemokraten. Mit solchen Vertretern des Arbeiterstandes, so viele ihrer sein mögen, werden wir gern zusammenarbeiten für des Volkes und des Landes Wohl. Es wird so für Eure Zukunft gut gesorgt sein, zumal da sie natürlich fest stehen werden auf Königstreue, auf der Achtung vor dem Gesetz und dem Staate, vor der Ehre ihrer Mitbürger und Brüder, getreu dem Schriftwort: Fürchtet Gott, habt Eure Brüder lieb, ehret den König!“

Wie die Breslauer Arbeiter diese Mahnung befolgt haben, ergibt sich daraus, daß in Breslau über 30 000 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben worden sind und daß Breslau durch zwei Sozialdemokraten im Reichstage vertreten sein wird. Auch im übrigen Deutschland ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ganz ungeheuer gewachsen. Berlin, die Hauptstadt des deutschen Reiches und die Residenz des Kaisers, hat 63 000 sozialdemokratische Stimmen mehr abgegeben, als bei der letzten Wahl. In Rheinland-Westfalen beträgt die Zunahme 150 000 Stimmen, im Königreich Sachsen ebensoviel, in Brandenburg (ohne Berlin) 90 000, in Bayern 65 000, in Schlesien 40 000, in Hannover 30 000, in Württemberg 37 000, in Baden 23 000, in Mecklenburg 11 000, in den drei Hansastädten 25 000 usw. usw. Alles in allem genommen darf man wohl behaupten, daß von einem Zerschneiden des Tischtuches zwischen Sozialdemokratie und Arbeiterschaft nirgends in Deutschland etwas zu bemerken gewesen ist.

Dennoch aber wäre es verkehrt, die Reichstagswahlen lediglich als einen Protest gegen die Kaiserreden auffassen zu wollen. Im Gegenteil, man muß von einem sozialistischen Wahlsiege im eigentlichen Sinne reden. Nicht zutreffend wäre es, wollte man in jedem Wähler, der einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Urne gesteckt hat, einen überzeugten Sozialdemokraten erblicken, es gibt vielmehr auch bei der Sozialdemokratie sogenannte Mitläufer, die aus Unzufriedenheit mit der heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen sozialdemokratisch gewählt haben. Die übergroße Mehrzahl der sozialdemokratischen Wähler muß man aber der Sozialdemokratie zählen. Selbst wenn es wahr wäre, was die Gegner behaupten, daß die Sozialdemokratie ihre eigentlichen Ziele verschleierte und „mit zusammengeklammerter Fahne“ in den Wahlkampf gezogen sei, so haben diese selben Gegner doch „treu und brav“ dafür gesorgt, daß die Ziele und Pläne der Sozialdemokraten entschleiert wurden. In Millionen von Flug-

blättern und Broschüren, die man unter das Volk geworfen, hat man „wahrheitsgetreu“ die schimmigen Absichten der Sozialdemokraten und ihre „verrückten Ansichten“ geschildert. Man hat den Zukunftsstaat als einen Buchhausstaat an die Wand gemalt, der dem Bäuerlein die letzte Kuh, dem Handwerksmeister sein bischen Werkzeug und dem armen Dienstmädchen seine sauer erarbeiteten Groschen nehmen würde. Man hat erzählt, die Sozialdemokratie würde dem Volke die Religion rauben, die Ehe zerstören, die Familie vernichten und die Staatsbürger zu Sklaven machen. So und ähnlich führte man dem Volke das „Endziel der Sozialdemokratie“ vor und unablässig schrie man den Wählern ins Ohr, sie möchten nur ja keinem Sozialdemokraten ihre Stimme geben. Und wenn trotzdem über drei Millionen deutsche Männer — und noch dazu in den fortgeschrittensten Teilen Deutschlands — sozialdemokratisch gewählt haben, so muß man sagen: „Entweder sind diese drei Millionen Wähler zu dumm, um ihr eigenes Beste zu erkennen, oder sie wissen, daß die Behauptungen der Gegner Lügen sind und daß die Sozialdemokratie eble Ziele verfolgt.“

Unsere nächsten Aufgaben.

III.

In unserer Vereinigung war bis jetzt trotz der verschiedenen Lohnverhältnisse der Einheitssbeitrag streng durchgeführt. Unweiskhaft bedeutet ein solches System für eine Organisation wesentliche Vorteile. Aber in den meisten Filialen und Zahlstellen wurden außer dem obligatorischen Beitrag noch verschiedene Extraleistungen wöchentlich oder monatlich erhoben, die zur Vertretung der Ausgaben in den einzelnen Orten dienten. Mit dem Erheben von Extraleistungen, überhaupt mit dem System der vielerlei Marken ist im allgemeinen kein erfreuliches Resultat zu vernehmen gewesen. Unsere Hauskassierer können hierüber wohl ein Lied singen und des öfters waren die Klagen dieser Kollegen dazu angehen, in Mitgliederberathungen hierzu Stellung zu nehmen. Es ist darum leicht erklärlich, daß der Antrag, von jetzt ab die gesamten Beiträge durch eine Einheitssmarke zu erheben, vielseitigen Anklang fand. Die Generalversammlung erkannte die Notwendigkeit an, mit dem System der verschiedenen Marken einmal aufzuräumen, und beschloß, daß in den 35 Sommerwochen von den Filialen die Beiträge nicht unter 40 % und in den 17 Winterwochen nicht unter 15 % erhoben werden dürfen. Selbstverständlich war damit den Filialen keine Beschränkung auferlegt, höhere Beiträge festzusetzen, denn es dürfte wohl jedem Kollegen einleuchten, der einigermaßen mit den verwaltungstechnischen Aufgaben vertraut ist, daß z. B. größere Filialen in keiner Weise ihren weitgehenden Verpflichtungen nachkommen können, wenn sie nur 40 % in den Sommerwochen erheben würden, also das mindeste, was der Generalversammlungsbeschluss befragt. In Erwägung war außerdem zu ziehen, daß die 5 % von den Winterbeiträgen sowieso nicht zur Bestreitung der laufenden Ausgaben hinreichen. Unter solchen Umständen war mindestens zu erwarten, daß es im Interesse der einzelnen größeren Filialen selbst lag, den Beitrag in den Sommerwochen auf 50 resp. 45 % zu bestimmen. Der geltende Minimallohn in den großen Filialen kam da vorzüglich als Unterlage genommen werden, wie es z. B. die Filiale Lübeck getan, welche im April d. J. mit der Annahme des Minimallohn auf 50 % vereinbarte und auch den Vereinsbeitrag in der gleichen Höhe festsetzte, während unsere Stettiner Filiale ebenfalls fast einstimmig beschloß, 50 % Wochenbeitrag zu erheben, wiewohl daselbst der Durchschnittslohn ein weit geringerer ist. Erfahrungsgemäß ist die Stellungnahme der einzelnen Filialvorstände zu allen wichtigen Fragen innerhalb der Organisation von großer Bedeutung auf die Mitglieder. Gerade die letzten Wochen haben uns wieder gezeigt, wie berechtigt diese Annahme ist; wir brauchen nur die Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 26 über den Markenbesand zu verfolgen, so finden wir, daß sogar in kleinen Orten, wo der Minimallohn noch nicht einmal 35 % beträgt, die betr. Kollegen einstimmig den Sommerbeitrag auf 45 % pro Woche festlegten. Daran könnten sich diejenigen größeren Filialen, die bei den Debatten über die Beitragsfestsetzung in ihren Mitgliederberathungen ein bedauerndes Bild der Rückständigkeit in der Behandlung der wichtigsten gewerkschaftlichen Fragen darbieten, ein nachahmenswertes Beispiel nehmen.

Die beschlossene Beitragserhöhung ist in der Tat eine so minimale, daß diese von jedem Kollegen schon in Betracht der in letzter Zeit stattgefundenen und noch andauernden Kämpfen und Ausperrungen als unumgänglich notwendig anerkannt werden mußte. Bei jedem Vorgang

